

**RÜCKANTWORT – KANDIDATENBEFRAGUNG
LANDTAGSWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG 2026**

Forum Hegau-Bodensee

Rücksendefrist: 3. März 2026, 16.00 Uhr

Gerne kurze und prägnante Antworten (2–5 Sätze sind ausreichend)

ANGABEN ZUR PERSON

Name: Andrea Gnann

Partei/Wahlvorschlag: CDU

Wahlkreis: Wahlkreis 56- Konstanz-Radolfzell

E-Mail (optional): info@andreagnann.de

ÜBERERFÜLLTE ERNEUERBAREN-QUOTEN, NETZENGÄSSE, 1,8%-FLÄCHENZIEL

1.1 Regionale Ausnahme vom 1,8%-Flächenziel

Werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass in der Region Hegau-Bodensee wegen bereits übererfüllter Erneuerbaren-Quoten und der Netzengpässe keine weiteren verbindlichen Ausbauziele für Windkraft gelten (Moratorium bzw. Reduzierung der 1,8%-Flächenziele)?

☐ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung (2–5 Sätze):

Eine verbindliche Flächenplanung schafft Rechtssicherheit und verhindert eine ungesteuerte Ausbreitung von Anlagen außerhalb ausgewiesener Gebiete. Entscheidend ist jedoch eine differenzierte Ausweisung unter Berücksichtigung von Netzengpässen, tatsächlicher Wirtschaftlichkeit und regionalen Besonderheiten. Flächenziele dürfen nicht schematisch umgesetzt werden, sondern müssen netz- und standortbezogen bewertet werden. Unwirtschaftliche oder systemisch ungeeignete Standorte dürfen nicht politisch erzwungen werden.

1.2 Bewertung der Privilegierung in § 2 EEG und des Referenzertragsmodells

Unterstützen oder lehnen Sie eine Änderung der aktuellen Privilegierung der Windenergie in § 2 EEG (Einstufung als „überragendes öffentliches Interesse“) ab?

☐ Ich möchte § 2 EEG und das Referenzertragsmodell im Grundsatz unverändert beibehalten.

☒ Ich halte inhaltliche Änderungen für notwendig.

Wenn Sie Änderungen befürworten: Welche zwei Punkte sind Ihnen am wichtigsten?

Die starke gesetzliche Vorrangstellung darf nicht zu einer faktischen Verdrängung von Natur-, Landschafts- und Tourismusbelangen führen. Es braucht wieder eine ausgewogene Einzelfallabwägung mit gleichrangiger Berücksichtigung aller Schutzgüter.

Das Referenzertragsmodell sollte reformiert werden. Die Mindestwindhöffigkeit für Ausschreibungen sollte von derzeit 50 % auf mindestens 60 % des Referenzertrags angehoben werden. Extrem schwache Standorte dürfen nicht dauerhaft überproportional subventioniert werden; Investitionen müssen sich stärker an realistischen Erträgen und Kosteneffizienz orientieren.

SCHWACHWINDGEBIETE, REFERENZERTRAGSMODELL, SUBVENTIONEN

2.1 Umgang mit fehlerhaften Datengrundlagen

Wie soll aus Ihrer Sicht eine verlässliche Förderpolitik aussehen, wenn sich zentrale Datengrundlagen (z.B. Windatlas, Potenzialstudien) als deutlich zu optimistisch erweisen?

Halten Sie in solchen Fällen eine verbindliche Korrektur der Datengrundlagen und eine Anpassung der Förderpraxis für zwingend erforderlich?

☒ Ja ☐ Nein

Falls Ja: Wer sollte dies aus Ihrer Sicht veranlassen? (Mehrfachnennung möglich)

☒ Bund

☒ Land Baden-Württemberg

☒ Fachbehörden

Andere: _____

Kurzbegründung:

Förderentscheidungen müssen auf belastbaren, überprüfbaren Daten beruhen. Erweisen sich Windatlas oder Potenzialstudien als deutlich zu optimistisch, ist eine verbindliche Korrektur zwingend. Andernfalls entstehen Fehlinvestitionen, steigende Systemkosten und Vertrauensverlust. Verantwortlich sind sowohl Bundes- als auch Landesebene in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbehörden.

2.2 Dauerhafte Sonderförderungen und Südboni

Sind Sie dafür, dass Windenergie in Baden-Württemberg mittelfristig ohne dauerhafte Förderungen und spezielle Südboni auskommen soll und dass Mittel auf ertragsreiche Standorte konzentriert werden?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Dauerhafte Sonderförderungen für strukturell windschwache Regionen erhöhen die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten und verzerren Investitionsentscheidungen. Ein tragfähiges Energiesystem muss sich mittelfristig im Wettbewerb behaupten können. Fördermittel gehören vorrangig an Standorte mit hoher Ertragskraft und Netznutzen. Eine Anhebung der Mindestwindhöffigkeit auf 60 % würde Fehlanreize reduzieren und die Kosteneffizienz deutlich verbessern.

2.3 Verpflichtende Windmessungen

Unterstützen Sie die Forderung, dass jedes Gebot für ein Windprojekt bei der Bundesnetzagentur nur mit einer zertifizierten, standortspezifischen Windmessung zugelassen wird?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Standortspezifische, zertifizierte Windmessungen erhöhen die Prognosequalität und verhindern unrealistische Ertragsannahmen. Nur belastbare Daten ermöglichen eine sachgerechte Bewertung in Ausschreibungsverfahren. Das schützt Investoren, Kommunen und Stromverbraucher vor Fehlentwicklungen.

2.4 Zusätzliche Landesprogramme und Haushaltsumschichtungen

Befürworten Sie landesspezifische Förderprogramme für Windkraft in der Schwachwindregion Bodensee-Hegau, auch wenn dafür andere Ausgaben im Landeshaushalt gekürzt werden müssten?

☐ Ja ☒ Nein

Falls Ja: Welche Ausgabenbereiche kämen aus Ihrer Sicht für Umschichtungen in Betracht?

Zusätzliche Landesprogramme für strukturell schwache Windstandorte würden knappe Haushaltsmittel binden, ohne die Systemeffizienz zu erhöhen. Mittel sollten dort eingesetzt werden, wo sie die größte Wirkung entfalten – insbesondere bei netzdienlichen, regional geeigneten Technologien. Haushaltsverantwortung bedeutet Priorisierung nach Effizienz und Dauertragfähigkeit.

TECHNOLOGIEOFFENHEIT: GEOTHERMIE, SEEWÄRME, EFFIZIENZ

3.1 Priorität regional passender Technologien

Werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass in der Region Bodensee-Hegau vorrangig Photovoltaik, Geothermie, Seewärme, Wärmenetze, Effizienzmaßnahmen und Speicher ausgebaut werden und Windkraftziele hier nicht starr vorgegeben, sondern nachrangig und standortbezogen festgelegt werden?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Energiepolitik muss sich an den natürlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten orientieren. In der Region Bodensee-Hegau bieten Photovoltaik, Seewärme, Geothermie, Wärmenetze, Effizienzmaßnahmen und Speicher ein höheres systemisches Potenzial als windschwache Standorte. Ausbaupfade sollten daher regional differenziert und netzorientiert festgelegt werden.

3.2 Erforderliche landespolitische Änderung

Falls Ja: Welche konkrete Änderung an Landesgesetzen oder -leitlinien halten Sie dafür für vorrangig (z.B. Anpassung Klimaschutzgesetz BW, Regionalplanung, Förderprogramme)?

Vorrangig ist eine stärkere regionale Differenzierung im Klimaschutzgesetz sowie in der Regionalplanung. Ausbauziele sollten an Wirtschaftlichkeit, Netzintegration und tatsächliches Potenzial gekoppelt werden. Zudem sollten Förderprogramme konsequent auf effiziente und langfristig tragfähige Technologien ausgerichtet werden.

3.3 Technologierangfolge im Wahlkreis

Bitte nennen Sie drei Technologien, die Sie in Ihrem Wahlkreis priorisieren (1 = höchste Priorität) und jeweils ein Instrument/Maßnahme, mit dem Sie diese Priorität landespolitisch unterstützen wollen.

☒ Seewärme und Wärmenetze

Instrument/Maßnahme: Beschleunigte Genehmigungen, Investitionsförderung für wirtschaftliche kommunale Wärmenetze und konsequente Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung.

☒ Photovoltaik (Dach-, Parkplatz-, Agri- und schwimmende Anlagen)

Instrument/Maßnahme: Weitere Entbürokratisierung, Verbesserung der Netzintegration und gezielte Speicherförderung.

☒ Geothermie (oberflächennah und tief)

Instrument/Maßnahme: Risikoabsicherung in der Explorationsphase sowie Straffung der Genehmigungsverfahren.

WALD, RÜCKBAU-RISIKEN UND SCHUTZ VON LANDSCHAFT UND TOURISMUS

4.1 Windkraft im Wald

Sind Sie dafür, Windkraft im Wald – insbesondere in Erholungs-, Kur- und Landschaftsschutzgebieten der Region Bodensee-Hegau - auszuschließen?

☐ Ja, grundsätzlich ausschließen

☐ Nein, grundsätzlich auch im Wald möglich

Kurzbegründung:

Waldflächen erfüllen unverzichtbare Funktionen für Klimaanpassung, Trinkwasserschutz, Biodiversität und Erholung. In einer Region mit unterdurchschnittlicher Windhöufigkeit ist die Stromausbeute pro Eingriffsfläche vergleichsweise gering, während Rodung, Zuwegung und Fundamentierung dauerhaft in sensible Ökosysteme eingreifen.

Die Relation von Nutzen zu Eingriff muss daher genauestens und auf Fakten basiert abgewogen werden, um jedes Vorhaben einzeln betrachten zu können.

Effizienzorientierte Energiepolitik bedeutet hier, Wälder zu schützen und vorrangig Technologien mit höherem regionalem Wirkungsgrad zu nutzen.

4.2 Absicherung der Rückbaukosten

Halten Sie es für notwendig, dass gutachterlich festgestellte und tatsächlich zu erwartende Rückbaukosten von Windenergieanlagen vollständig über hinterlegte Sicherheiten (z.B. Bürgschaften) abgedeckt werden?

☒ Ja ☐ Nein

Kurzbegründung:

Rückbauverpflichtungen müssen vollständig durch insolvenz feste Sicherheiten abgesichert sein. Die finanziellen Lasten sind von denjenigen zu tragen, die wirtschaftlich von der Anlage profitieren – also Betreibern, Investoren und beteiligten Nutznießern, unabhängig davon, ob es sich um Unternehmen, Kommunen, Grundstückseigentümer oder Beteiligte im Rahmen von Bürger- oder Nachbarschaftsmodellen handelt. Grundlage müssen realistische, unabhängige und gutachterlich ermittelte Gesamtkosten einschließlich Fundamentrückbau und Rekultivierung sein. Öffentliche Haushalte dürfen nicht für unternehmerische Risiken eintreten.

4.3 Schutz von Landschaft und Tourismus

Wie wollen Sie in Ihrem Wahlkreis konkret sicherstellen, dass Landschaftsschutz und Tourismus nicht gegenüber kurzfristigen Pachterlösen zurückstehen müssen? (2–5 Sätze, Stichworte genügen.)

Klare räumliche Steuerung mit Ausschluss sensibler Landschafts- und Sichtachsen sowie touristisch besonders geprägter Bereiche. Verbindliche Abstimmung von Regionalplanung und Tourismuskonzepten, damit Erholungsfunktion, Landschaftsbild und Standortattraktivität gleichrangig berücksichtigt werden. Wirtschaftlichkeits- und Netzprüfung vor Genehmigung, um reine Pachtanreize ohne strukturellen Mehrwert zu vermeiden. Vorrang für Repowering bestehender Standorte statt zusätzlichem Flächenverbrauch, um Eingriffe zu minimieren und die touristische Qualität der Region dauerhaft zu sichern.

IHRE ZUSATZBEMERKUNGEN

Gibt es Punkte zur Energie- und Flächenpolitik in unserer Region, die Ihnen darüber hinaus wichtig sind?

Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverantwortung gleichermaßen gewährleisten. Für den Landkreis Konstanz bedeutet das: technologieoffen, regional angepasst und wirtschaftlich tragfähig – auch ohne dauerhafte Subventionen. Maßstab ist stets die effizienteste und langfristig belastbare Lösung vor Ort.

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, Ihre Positionen transparent zu machen!

Bitte senden Sie den ausgefüllten Bogen bis zum 3. März 2026 16.00 Uhr an uns zurück.

kontakt@forum-hegau-bodensee.de

BESTEN DANK!